



Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Münster

H 1296

Herausgeber: Bezirksregierung Münster

Münster, den 2. Juli 2004

Nummer 27

INHALTSVERZEICHNIS

B: Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

- | | | |
|-----|--|-----|
| 352 | Ungültigkeitserklärung für einen in Verlust geratenen Dienstaussweis | 251 |
| 353 | Ungültigkeitserklärung für einen in Verlust geratenen Dienstaussweis | 251 |
| 354 | Ungültigkeitserklärung für einen in Verlust geratenen Dienstaussweis | 252 |
| 355 | Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Castrop-Rauxel, der Stadt Herten und dem Kreis Recklinghausen zur Bildung eines gemeinsamen Gutachterausschusses für Grundstückswerte | 252 |
| 356 | Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Gronau und der Gemeinde Losser (NL) über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Feuerwehrewesen | 253 |
| 357 | Staatsaufsichtliche Anerkennung über die Zusammenlegung der kath. Kirchengemeinde St. Michael und St. Elisabeth in Rheine zu einer neuen Kirchengemeinde unter den Namen „Katholische Kirchengemeinde St. Elisabeth und Michael, Rheine“ und Bestellung eines Verwaltungsausschusses | 255 |

- | | | |
|-----|--|-----|
| 358 | Berichtigung der im Amtsblatt vom 4. Juni 2004, Nr. 23, veröffentlichten ordnungsbehördlichen Verordnung vom 11. 5. 2004 zur Ausweisung des Gebietes „Waldgebiet Kettelerhorst“ im Bereich der Gemeinde Everswinkel sowie der Städte Sendenhorst und Warendorf, Kreis Warendorf, im Regierungsbezirk Münster als Naturschutzgebiet – hier: Ergänzung (Anlage II) | 258 |
| 359 | Bekanntmachung nach § 3 a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung | 258 |
| 360 | Bekanntmachung gemäß § 3 a des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes (UVPG) | 259 |

C: Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

- | | | |
|---------|---|-----|
| 361 | Bekanntmachung des Zweckverbandes „Schienenpersonennahverkehr (SPNV) Münsterland“ | 259 |
| 362–364 | Aufgebote und Kraftloserklärungen von Sparkassenbüchern | 259 |

E: Sonstige Mitteilungen

- | | | |
|-----|-------------------------------------|-----|
| 365 | Auflösung des Vereins „Sprungbrett“ | 260 |
| 366 | Auflösung eines Vereins | 260 |

B: Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

352 Ungültigkeitserklärung für einen in Verlust geratenen Dienstaussweis

Bezirksregierung Münster
– 25.3.1 – 1504 –

Münster, den 22. Juni 2004

Der Dienstaussweis Nr. 701/00219 des Polizeiobermeisters Andreas Fitz, ausgestellt am 10. 4. 1997 vom Polizeipräsidium Recklinghausen, ist in Verlust geraten und wird für ungültig erklärt.

Der unbefugte Gebrauch des Dienstaussweises wird strafrechtlich verfolgt.

Sollte der Ausweis gefunden werden, wird um Rückgabe an das Polizeipräsidium Recklinghausen gebeten.

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2004 S. 251

353 Ungültigkeitserklärung für einen in Verlust geratenen Dienstaussweis

Bezirksregierung Münster
– 25.3.1 – 1504 –

Münster, den 22. Juni 2004

Der Dienstaussweis Nr. 701/00589 des Polizeikommissars Otto Eßmann, ausgestellt am 8. 9. 1999 vom Polizeipräsidium Recklinghausen, ist in Verlust geraten und wird für ungültig erklärt.

Der unbefugte Gebrauch des Dienstaussweises wird strafrechtlich verfolgt.

Sollte der Ausweis gefunden werden, wird um Rückgabe an das Polizeipräsidium Recklinghausen gebeten.

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2004 S. 251

URKUNDE

Die durch die Urkunde des Bischofs von Münster vom 1. Juni 2004 benannte Zusammenlegung der katholischen Kirchengemeinden St. Elisabeth und St. Michael in Rheine zu einer neuen Kirchengemeinde unter dem Namen Katholische Kirchengemeinde St. Elisabeth und Michael, Rheine, mit Wirkung zum 1. Juli 2004 wird gemäß § 4 der Vereinbarung über die staatliche Mitwirkung bei der Bildung und Veränderung katholischer Kirchengemeinden vom 21. 11. 1960 staatlich anerkannt.

48143 Münster, den 15. Juni 2004
– 48.04.01.02 –

Der Regierungspräsident
In Vertretung
Stefan Klaucke

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2004 S. 255–258

358 **Berichtigung**
der im Amtsblatt vom 4. Juni 2004, Nr. 23, veröffentlichten ordnungsbehördlichen Verordnung vom 11. 5. 2004 zur Ausweisung des Gebietes „Waldgebiet Kettelerhorst“ im Bereich der Gemeinde Everswinkel sowie der Städte Sendenhorst und Warendorf, Kreis Warendorf, im Regierungsbezirk Münster als Naturschutzgebiet – hier: Ergänzung (Anlage II)

Anlage II zur ordnungsbehördlichen Verordnung zur Ausweisung des Gebietes „Waldgebiet Kettelerhorst“ im Bereich des Kreises Warendorf als Naturschutzgebiet.

a) Flurstücksverzeichnis des Gesamtgebietes

Gemarkung Everswinkel

Flur 36, Flurstücke 1, 75 tlw., 88–90, 93, 95 tlw., 111, 112

Gemarkung Hoetmar

Flur 1, Flurstücke 31, tlw., 32 tlw., 35, 36 tlw.,
Flur 23, Flurstücke 2 tlw., 3, 4

Gemarkung Sendenhorst

Flur 8, Flurstücke 1–9, 10 tlw., 11, 25, 53 tlw., 56 tlw.

b) Flurstücksverzeichnis der FFH-Lebensräume

Gemarkung Everswinkel

Flur 36, Flurstücke 75 tlw., 88 tlw.

Gemarkung Hoetmar

Flur 1, Flurstücke 31 tlw., 32 tlw., 35, 36 tlw.
Flur 23, Flurstücke 2 tlw., 3 tlw., 4 tlw.

Gemarkung Sendenhorst

Flur 8, Flurstücke 4–6, 10 tlw., 11 tlw., 25 tlw.

Anlage II

zu § 1 der ordnungsbehördlichen Verordnung zur Ausweisung des Gebietes „Waldgebiet Kettelerhorst“ im Bereich der Gemeinde Everswinkel und der Städte Sendenhorst und Warendorf, Kreis Warendorf, im Regierungsbezirk Münster als Naturschutzgebiet.

Münster, den 11. Mai 2004

Bezirksregierung Münster
– Höhere Landschaftsbehörde –
51.2.1–21/WAF
– Waldgebiet Kettelerhorst –
Dr. Jörg Twenhöven

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2004 S. 258

359 **Bekanntmachung nach § 3 a**
des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung

Bezirksregierung Münster
Az: 52.6.2. GE 2

Münster, den 17. Juni 2004

Antrag des Lippverbandes, Essen, nach § 31 Abs. 3 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes in Verbindung mit § 14 Abs. 6 der Verordnung über Deponien und Langzeitlager-Deponieverordnung auf Erteilung einer Genehmigung zur Änderung der Betriebsweise der Klärschlammdeponie Gelsenkirchen Picksmühlenbach

In Gelsenkirchen betreibt der Lippeverband die Kläranlage Picksmühlenbach.

Auf dem Kläranlagengelände wurde mit Datum vom 22. April 1991 eine Klärschlammdeponie planfestgestellt, die die hier anfallenden Klärschlämme aufnehmen sollte. Die Deponie wurde ursprünglich für ein Gesamtvolumen von ca. 100000 m³ zugelassen. Zur Ablagerung der Klärschlämme wurde bisher nur der 1. Bauabschnitt (Kapazität ca. 40000 m³) mit einer Basisabdichtung hergerichtet, auf dem bisher nur in geringem Umfang Klärschlämme abgelagert wurden.

Im Rahmen der Umsetzung eines Gesamtentsorgungskonzeptes für die gesicherte Ablagerung von Schlämmen aus alten Klärschlammplätzen beantragt der Lippeverband die auf dem Kläranlagengelände in einem alten Schlammbecken lagernden Klärschlämme, zusammen mit Altschlämmen aus Marl und Herten nach Verfestigung auf dieser Deponie – d.h. nur in dem bisher betriebenen 1. Bauabschnitt – abzulagern und die Deponie ordnungsgemäß abzuschließen.

Neben der Zulassung dieses Vorhabens nach § 31 Abs. 3 KrW-/AbfG beantragt der Lippeverband gem. § 14 Abs. 6 DepV die Zulassung eines alternativen Oberflächenabdichtungssystems.

Gem. § 3 a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung ist die Erfordernis einer Umweltverträglichkeitsprüfung festzustellen.

Das o.g. Vorhaben ist unter der Ziffer 12.1 der Anlage 1 zum UVPG einzuordnen. Eine UVP wäre nach § 3 e Nr. 1 UVPG durchzuführen, wenn für das Vorhaben die in der Spalte 1 der Anlage 1 zum UVPG angegebenen Größen- oder Leistungswerte durch die Änderung oder Erweiterung selbst erreicht oder überschritten werden.

Da entweder Nr. 1 oder Nr. 2 des § 3 e einschlägig ist und Größen und Leistungswerte unter der Nr. 12.1 der Anlage 1 nicht beschrieben sind, gilt für das vom Lippeverband vorgesehene Vorhaben die Nr. 2, wonach eine UVP dann erforderlich ist, wenn die Vorprüfung des Einzelfalles nach den in der Anlage 2 festgelegten Kriterien ergibt, dass die Änderung oder Erweiterung erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann.

Die Vorprüfung des Einzelfalles anhand der Kriterien des § 3 c Abs. 1 Satz 1 und 3 UVPG (auch in Verb. mit § 3 e UVPG) unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange hat ergeben, dass erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch das vom Lippeverband beantragte Vorhaben nicht zu erwarten sind.

Die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das beantragte Vorhaben ist somit nicht erforderlich.

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2004 S. 258



